

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elberblatt und Anzeiger).

Sachverständige Redakteur Riesa.
Gesetz Nr. 22.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Stadtkreisverwaltung Großenhain, des Amtsgerichts, der Notarzimität beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Rentamtamts Riesa.

Sachverständige: Dresden 1550
Gesetz Nr. 22.

M. 20.

Dienstag, 25. Januar 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 10 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Sonntagsausgabe gegen Bezahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Laden. Für den Fall bei Überschreitung von Druckkosten, Schätzungen der Kosten und Weiterleistungskosten machen wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Summe des Ausgabekosten sind bis 9 Uhr vormittags einzugeben und im vorangegangenen Tag zu bezahlen; eine Anzeige für den Zeitraum an bestimmten Tagen und Wochentagen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Gründruckschrift (6 Silben) je 100 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Kolumnenschrift 100 Gold-Pfennige; aufdruckende und tabellarische Zeichen 50% Aufschlag. Beste Tarife. Einzelnes Rabatt trifft, wenn der Satz verfüllt, durch Anzeige eingezogen werden muss aber der Auftraggeber in Rücksicht gebracht. Zahlungs- und Fälligkeitstag: Riesa. Schädigende Unterhaltungsbücher gegen Bezahlung des Bezugspreises. Ratsabend und Dienstag: Riesa & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Herausgeber: Heinrich Uhlemann, Riesa. Nr. Anschrift: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Warum Marx?

Aus Kreisen des Zentrums wird nun geschrieben: Eine Frage, die bei dem neuen Status der Regierungsbildung von den politisch Tendenzen im Lande besonders häufig aufgeworfen wird, ist die „warum Reichspräsident von Hindenburg mit der Bildung eines bürgerlichen Kabinetts, das so auf die Stabilität richten soll, gerade den Reichskanzler Dr. Marx bestimmt habe. Man sieht seiner geringen politischen — oder aber wenigstens doch seiner zentralistisch-politischen — Vergangenheit nach in der Übernahme einer solchen Aufgabe durch Dr. Marx etwas wie eine Charakterentwicklung, aber, wenn man so gewünscht ausdrücken will, ein übertriebenes Ausfallungsvermögen, das etwas zu sehr auf das partizipative Zweckläufige, hofft auf das eigentliche Politische hinweist.“

Man überseht dabei vielleicht, daß Dr. Marx als bevorstehender Regierungsbildner in unserem parlamentarisch regierten Staate nicht in einer reinen Person, sondern Exponent einer Partei, Träger eines in diesen Dingen unterschiedlich unversöhnlichen Programmes ist. Dieses Programm aber, das die Zentrumspartei vor Übernahme der Rechts-Mehrheits-Kabinett-Bildung (am 20. des dahinterliegenden Verlustes) durch Dr. Marx als Kanzler an ihre gesamte Wählerschaft im Lande veröffentlicht, ist ebenso klar wie diplomatisch geholt und gestaltet es dem vorgebrachten Zentralistischen ohne jede Verleugnung des bisherigen Geschehens, sich der neuen Qualität anzupassen.

Das parlamentarische System, das infolge der harten Kontrolle durch die Oberschicht, die durchaus nicht immer ein klarer Urteil auf bringt, gar monosanal der verdeckten Initiative hemmend entgegenwirkt, mag jetzt im augenblicklichen Hause Dr. Marx eine ungewöhnliche Stabilität. Dem neuen Kanzler — wenn er es wird — ist damit eine politische „Spannweite“ gegeben, die durchaus eindrückliche Folgen für das Gescheid des Reichs zeitigen kann. Warum aber Dr. Marx? — Warum geht ein Kanzler der Regierung durch andere Politik? — Warum stellt man nicht einen neuen Mann heraus? — Herrn von Querard, den Gewerkschafter Joos, den erfahrenen Steuerwalb?

Es ist durchaus kein Geheim der Trägheit, das hier wirkt, sondern ein konkreter Will zu Stabilität in der deutschen Politik, der sich zum Beispiel auch in dem verdeckten Widerstand beobachteter Kabinettsumstürzer aufweist. Es ist ebenso kein Geheimnis, daß hinter der sogenannten Erziehung Herr von Hindenburg steht, der so auch hier in alter Soldatenzeit für seine Offiziere einstet, solange sie nicht süßlich gefehlt haben. Dr. Marx aber ist es, der während seiner beiden Kanzlerschaften mit Dr. Stresemann gemeinsam den größten Teil des außenpolitischen Kreides hergestellt, den wir heute bestehen. Ihm kann man auch nicht, wie etwa seinem Partei- und früheren Amstellogen Wirth, nachlegen, daß er das sozialdemokratische Programm grundsätzlich ablehne. Das Regieren dieser Koalition verhindert er durchaus, weshalb aber dafür umso mehr die Aktivität namentlich des sozialen Programms der Linken, vor allem aber die Lebenskraft des in ihr zusammengehenden arbeitenden Standes auch für die politischen Ziele der Zentrumspartei, wie der staatspolitischen Ziele insgesamt, eingespannen.

Herr Dr. Marx ist sicherlich nicht das leuchtende Werk im Stall. Aber es ist ebenso unverkennbar, ihn im gelegentlichen Presseäußerungen als „etwas älter“ zu beschreiben, wie es ein verhängnisvoller Fehler ist, im geistigen Wirken des Reichspräsidenten Erscheinungen der Greisenhaftigkeit aufzufinden. Dr. Marx ist ein Künstler der Beschwichtigung; er ist der geborene Aussichtsraumsteuernde des Deutschen Reichs, dessen Anteil allerdings leider noch zu viel in fremden Händen befindet. Aber gerade, um diese Anteile für und hereinzuholen, schlägt das Zentrum an die Spinde der Regierung den wegen seiner Unanständigkeit in höchstem internationalem Ansehen stehenden Dr. Marx.

Innenpolitisch wäre es seitens des Zentrums zweifellos ein klügerer Schachzug gewesen, den liberischen Sozialdemokratie gegenüber keinem Kabinett vorzuholen, um zu zeigen, daß die sozialpolitischen Fragen auch in der Regierung einen besonders harten Haken haben. Das das Zentrum auf dieses nobellegende und weltwirkende Agitationsmittel verzichtet hat, ist deutlich und ehrlich, daß es nicht parzivalistisch, mandorient, sondern sich dem Staatsdiensten zur Verfügung gestellt hat, der unter einem zum „Kämpf“ ausgewanderten Kreis wesentlich mehr leidet, als es unter irgend einer Parteikonstellation möglich ist.

In einem parlamentarischen Staate ist die politische Prophethie nicht sonderlich schwierig, denn es wird alles durch viele Wähler abgekriegt und in vielen Stämmen abgedreht. So dem Volk ein gutes Rennen gereicht wird. Diejenige Freiheit also, die beide Herren Marx zu danken sind, weil er sich erst müde gelauft hat, die er hat, daß auch reichs eine Mauer zum Nachhören sei, braucht kaum noch ein hervorragende Scherzaube für sich im Anmarsch zu nehmen. Es ist kaum zu glauben, daß der Zentralistkanzler die Entwicklung, wenn sie wirklich zwangsläufig ist, nur weniger vorangetrieben hätte, als ein anderer. Aber er läuft als vorstehender Mann, der er nun einmal ist, die Stufen auf ihre Stieghöhe ab, ehe er ins an die Mauer schaut, die vielleicht nur einladend aufgestellt ist, und mit ihm rückwärts fällt. Sinau kommt, das noch der Verfaßung des Reichskanzlers die Richtlinie der Politik bestimmt. Die republikanische Mitte will also, wenn sie sie nach rechts koaliert, nun noch die Gewalte helfen, daß ihre Aktionen im Kabinett dominieren. Von Absicht in dieser Beziehung nicht, daß die Zentrumspartei noch der uner-

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung.

W. Berlin. Der gestrige Montag brachte in der Frage der Regierungsbildung noch keine Entscheidung nach der positiven oder negativen Seite. Mit der Deutschnationalen Fraktion, auf die es bei dem heutigen Stand der Dinge in erster Linie ankommt, sollen die geheime vormitig von Dr. Marx eingeleiteten Verhandlungen am heutigen Dienstag fortgesetzt werden. Bei den Montagsverhandlungen mit den Führern der Deutschnationalen waren neben Dr. Marx auch Reichsverteidigungsminister Dr. Brauns und Reichsbauminister Dr. Stresemann anwesen. Dr. Marx leste das auf der Grundlage des bekannten Zentrumsprogramms aufgestellte Regierung-Programm als Entwurf vor und am Dienstag ist eine Antwort der Deutschnationalen Fraktion darüber zu erwarten, ob sie Änderungen vorstellen will. In deutschnationalen Kreisen wurde am Montag der bisherige Verlauf der Verhandlungen als gänzlich begeistert.

Am Nachmittag empfing Reichskanzler Dr. Marx die Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung, Dreimüh und Alverz. Auf seine Frage, ob die Wirtschaftliche Vereinigung das Regierung-Programm billige und einen Minister für das neue Kabinett stellen wolle, erklärten die Unterhändler, daß die Entscheidung in ihrer Fraktionssitzung am Dienstag fallen werde.

Dr. Marx hatte weiter eine Befreiung mit dem Fraktionsführer der Deutschen Volkspartei Dr. Schulz und natürlich mit dem Führer der sozialdemokratischen Fraktion Hermann Müller-Staufen. Diese letztere Aussprache trug jedoch rein informatorischen Charakter. Dr. Marx verzweifelte darauf, daß der ihm vom Reichspräsidenten gewordene Auftrag auf die bürgerlichen Parteien beschränkt sei. Demnach würde die Möglichkeit für eigenständige Regierungsbildungen mit den Sozialdemokraten aufzugehen sein, wenn die beabsichtigte Bildung eines Kabinets der bürgerlichen Parteien übertragen sollte.

Der geschäftsfähige Ausschuß der liberalen Vereinigung, der sich aus Abgeordneten der Deutschen Volkspartei, der Demokratischen Fraktion und der Wirtschaftlichen Vereinigung zusammenstellt, äußert in einer Sitzung über die Bildung einer Regierung, in der die Deutschnationalen und das Zentrum die höchsten Kräfte darstellen würden. Ein Zusammenschluß des Zentrums mit den Deutschnationalen könnte in den Fragen der Schul- und Kirchenpolitik schwere Gefahren für das freie deutsche Volk bedrohen und den liberalen Gebäuden heranbrechen. Der Ausschuß fordert darum an einer einheitlichen Abwehrfront der liberalen Kreise gegen solche Pläne auf.

Die Regierungsbildungen auf gutem Wege.

W. Berlin. Nach den Neuerungen der Berliner Blätter zu schließen, scheinen sich die Verhandlungen des Reichskanzlers auf gutem Wege zu befinden. Leder das von Dr. Marx vorgelegte Skript eines Regierungskoalitionsvertrages ist der Lokalgeiger sprechend, gerade zwischen Zentrum und Deutschnationalen ziemlich reibungslos verhandelt wor-

den. Die Deutsche Allgemeine Zeitung erklärt: In parlamentarischen Kreisen betrachtet man die Einigung als faktisch vollzogen. Es wäre daher wünschenswert, wenn man die einwöchige Pause der Reichstagssitzungen ab Mittwoch preisgeben und bis Sonnabend durchhalten würde. Die neue Regierung könnte dann sich noch in dieser Woche dem Parlament vorstellen und an die Arbeit gehen. Die Tageszeitung schließt aus dem laufenden Bericht über die Deutschnationale Fraktion, daß die Mehrheit der Fraktion auf der Seite der Unterhändler steht und ebenso wie die einen günstigen Ausgang der Verhandlungen anstrebt. Die Germania schreibt: Lehrlinge Töne, wie sie die Liberalen Vereinigung anschlägt, sind schon Tage in den Sitzungen der Tageszeitung vernommen. So erheiternd diese Klagen wirken können, sie haben jedoch für und einen ernsten Hintergrund. Belegen sie doch, wie wenig Verlust in kulturpolitischen Dingen auf die Deutsche Volkspartei ist und wieviel von dem alten Kulturmäßigkeits in ihr noch vorhanden ist. Nach dem Berliner Tagesschau sei gestern vorzeitig bereit, wenn auch noch nicht, die Verhandlungen des neuen Reichskabinetts erwartet worden. Als deutschnationale Kandidaten für die Belebung der Reichsministerien des Innern, der Justiz und der deutschen Gebiete werden von dem Blatt die Abga. Waltrau, von Staatsberg und Reitman genannt.

Fortsetzung der Regierungsbildungen.

W. Berlin. (Funkspur vom 11. Uhr.) Wie das Politbüro aus parlamentarischen Kreisen erzählt, empfing Reichspräsident Dr. Marx heute vorzeitig 10.15 Uhr die Deutschnationale Verhandlungskommission zur Fortsetzung der Verhandlungen über die Regierungsbildung. Nachdem die Deutschnationale Reichstagsfraktion zu den gestrigen Verhandlungen Stellung genommen hat, erwartet man in parlamentarischen Kreisen von den heutigen Verhandlungen weiter ein günstiges Fortschreiten. Für heute nachmittag sind neue Zusammenkünfte in Angriff genommen, an denen auch Vertreter der übrigen, für die Regierungsbildung in Betrieb kommenden Parteien beteiligt sein werden.

Ein scharfes Dementi der Deutschnationalen.

* W. Berlin. Die deutschnationale Reichstagsfraktion erklärt folgende Erklärung: Einzelne Zeitungen wiederholen trotz der mittlerweile erfolgten energischen Zurückweisung seitens aller angeblich beteiligten Personen die Behauptung, daß zwischen katholischen Abgeordneten der deutschnationalen Reichstagsfraktion und dem Zentrum unter Beteiligung hoher katholischer Würdenträger behufs Annäherung beider Parteien verdeckte Verhandlungen u. a. über die Konkordatsfrage geführt worden sind. Wir können nach Rückprüfung mit allen katholischen Abgeordneten der deutschnationalen Reichstagsfraktion nochmals erklären, daß vorgebrachte Verdächtigungen in jeder Hinsicht unwahr sind und nur als Tendenz geltend gewertet werden können.

Die fünfprozentige auslosbare Reichsauleihe.

W. Berlin. (Funkspur) Von den Kreditmöglichkeiten, die dem Reich zur Besteitung außerordentlicher Ausgaben durch die Staatsgesetze von 1925 und 1926 in Höhe von rund 500 Millionen Reichsmark eingeräumt worden sind, hat das Reich bisher weder im Wege einer öffentlichen Auktion noch im Wege von Scheckauflösungen Gebrauch gemacht, weil seine Kassenlage es gestattet, eine bessere Entwicklung des Kapitalmarktes und dementsprechend eine Herabsetzung des Zinsfußes abzuwarten. Die inzwischen erfolgte Senkung des Reichsbankdiskonts auf 5 Prozent und die beständigste Verschärfung des Geldmarktes haben nunmehr den Reichsminister der Finanzen bestimmt, den besonders günstig erscheinenden Zeitpunkt nicht vorübergehen zu lassen, sondern einen Beitrag von 500 Millionen Reichsmark fünfprozentiger deutscher Reichsauleihe zu begeben. Von diesen werden 300 Millionen Reichsmark von einem unter Führung der Reichsbank stehenden Konsortium von deutschen Banken und Bankfirmen übernommen. Die restlichen 200 Millionen Reichsmark sind zum weitaus größten Teil bereits mit vorläufiger Sperrverzinsung untergebracht. Die Raleihe ist bis 1934 nützlich; von da ab erhöht die Tilgung innerhalb 25 Jahren durch Auslösung zum Neuzaudi. Eine verstärkte Tilgung oder Gesamttilgung ist bis 1937

ausgeschlossen. Die Bezeichnung findet zum Kurs von 92 vom Hundert in den Tagen vom 3. bis 11. Februar 1927 statt. Die Einzahlung ist in Höhe des Sanktionsbeitrages ausfällig Stückzinsen ab 1. Februar 1927 in der Zeit vom 21. bis 28. Februar 1927 zu leisten. Die Einführung der Anleihe an den deutschen Börsen und die Erföhrung der Lombardsfähigkeit bei der Reichsbank werden sofort in die Wege geleitet werden.

Die Entwaffnungsverhandlungen.

W. Berlin. Das volkische Intrigenpiel hat die Pariser Entwaffnungsverhandlungen vorübergehend wieder einmal ins Stocken gebracht. Die Warschauer Regierung bat, wie der Reichsregierung bekannt geworden ist, die innerpolitische Entwicklung in Deutschland zum Anlaß neuer Verdächtigungen genommen und das französische Kabinett darauf hinweisen, daß die politische Sicherheit ebenso wie die französische in unmittelbarer Gefahr sei. So lehrt die offiziellen Kreise die Verbesserung einer annehmbaren Entscheidung in Paris bedauern, so wenig ist man gewillt, sich von Polen den Kurs der deutschen Außenpolitik vorschreiben zu lassen. Die deutschen Unterhändler in Paris werden daran hinweisen, daß am außenpolitischen Kurs Deutschlands auch mit dem Eintritt der Deutschnationalen keine Änderung sich ergeden wird, da auch die Deutschnationalen die Kanonen für einen Angriffskrieg nicht aus der Erde stampfen können. Mit der Unterzeichnung des Locarno- und Genf-Volksfrieden ist die Gewähr für die ruhige Fortentwicklung des diplomatischen Verkehrs Deutschland mit dem Auslande gewährleistet. An zuständiger Stelle gibt es sich, wie wir hören, durchaus der Hoffnung hin, daß die neuen Schwierigkeiten, die lediglich auf politische Machenschaften Polens und gewisser französischer Reichstreitigkeiten zurückzuführen sind noch im Laufe dieser Woche überwunden werden und nach der Einlauffahrt in der Kriegsmaterialfrage auch die Vereinigung der Städte über die Diskussionen erfolgt.